

Tunesien ein Jahr nach  
dem Arabischen Frühling

## „Sie haben sich getraut zu sagen: Tritt ab!“

Hardy Ostry/Klaus D. Loetzer

Wer die gewalttätigen Bilder aus Libyen noch erinnert oder mit den seit Wochen aus Syrien kommenden Meldungen über immer neue Tote unter den Aufständischen wie Anhängern des sich mit aller Gewalt an der Macht haltenden Assad-Regimes und seiner nationalen wie internationalen Alliierten konfrontiert wird, mag den Begriff des Arabischen Frühling mitunter bestenfalls noch als naive Euphorie, schlimmstenfalls gar als Zynismus begreifen.

Nach gut einem Jahr „Arabellion“ oder „Arabischer Revolution“ fällt die Bilanz gemischt aus. Tunesien, das Land, das am Anfang der Umbrüche in der Region stand und als erstes seinen dreiundzwanzig Jahre regierenden Machthaber Zine el Abidine Ben Ali dazu brachte, die Flucht ins Exil anzutreten, scheint dabei den Übergang hin zu einem demokratischen und an rechtsstaatlichen Prinzipien orientierten Staat noch am erfolgversprechendsten realisieren zu können. Gleichwohl gilt: Die Revolution, wenn man den Begriff verwenden will, hat einen Herrscher und mitunter Teile eines Regimes zu Fall gebracht, aber noch nicht die Probleme gelöst, die vorrangig zu dessen Fall führten.

### Nach der Stunde null

Der 14. Januar 2011 stellte für Tunesiens Politik die Stunde null dar, es war der Höhepunkt der Revolution, die ihren Ausgang am 17. Dezember 2010 im Landesinneren genommen hatte, als sich infolge der Selbstverbrennung des jungen

Gemüsehändlers Mohamed Bouazizi immer mehr Menschen dem Protest gegen das repressive Regime und die gewaltigen Übergriffe des Sicherheitsapparates wandten. Die Analyse der Proteste zeigte, dass es sich dabei vor allem um ein sozio-ökonomisch motiviertes Aufbegehren gegen das Regime handelte, das sich zum einen potenzierte, je stärker die staatlichen Ordnungskräfte versuchten, es zu unterdrücken. Zum anderen wurde es aber genau in dem Moment politischer, da die protestierenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht mehr bereit waren, das im Dienste des Regimes missbrauchte staatliche Gewaltmonopol zu akzeptieren.

Aus dem benachteiligten Landesinneren heraus hatten sich die Proteste wie in einer Bugwelle Richtung Tunis geschoben, wo sie immer größer wurden und kulminierten. Die dominierenden Schlagwörter der Demonstrierenden waren „Freiheit“ und „Würde“, wobei sich dahinter weder organisatorisch noch programmatisch eine geschlossene Gruppe befand. Es waren Bewegungen gegen die herrschende, als korrupt und kleptokratisch angesehene Präsidentenfamilie, die sich scheinbar alle Chancen eröffnete, während die Mehrheit der Bevölkerung gerade einmal das Nötigste zum Leben hat. Es war ein egalitärer und unideologischer Protest, der sich artikulierte und den zu diesem Zeitpunkt keiner hätte nutzen oder missbrauchen können, um sich als führende Identifikationsfigur politisch an die Spitze zu setzen. Auf die

Frage nach der politischen Motivation der Proteste erwiderte ein junger tunesischer Journalist: „Sie haben sich endlich getraut zu sagen: Tritt ab!“

Der Abtritt Ben Alis erforderte zwar einen politischen Neuanfang, aber er stürzte das Land nicht ins Chaos. Der politische Übergang war trotz allen Zögerns, aller Zaghaftigkeit und Unübersichtlichkeit, der Angst vor neuen Kräften und Akteuren relativ gut eingeleitet worden, wenngleich sich die Lage unter den ersten beiden Übergangsregierungen unter Premierminister Mohamed Ghannouchi zunächst eher noch verschärfte. Die Sicherheitslage im Lande drohte aufgrund randalierender Banden, unter ihnen auch Parteigänger des ehemaligen Regimes, zu eskalieren. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich zunehmend. Die Gewerkschaften, die bislang weithin eine konstruktive Rolle gespielt hatten, überzogen ihre Forderungen nach mehr Lohn in der Krisensituation, wo kaum ein Tag verging, ohne dass Streiks irgendwo im Lande die Wirtschaft zusätzlich schwächten.

Die Tatsache, dass neben Ghannouchi noch viele alte Kader und Mitglieder der ehemaligen Staatspartei *Rassemblement constitutionnel démocratique* (RCD) mit am Regierungstisch saßen, gab immer wieder zu Protesten Anlass. Problematisch mit Blick auf den Faktor Zeit schien zudem die Vorgabe der Verfassung, demnach innerhalb von sechzig Tagen ein neuer Präsident zu wählen sei. Die Übergangsregierung selbst hatte zudem die Durchführung von Parlamentswahlen innerhalb von sechs Monaten angekündigt. Zusätzlich zu der sich weiter verschlechternden wirtschaftlichen Lage nahmen die Proteste zu, getragen von dem wiederholten Vorwurf an die Übergangsregierung, ihr mangle es an Legitimität. Ende Februar 2011 war es kaum mehr möglich, die Regierungsgeschäfte zu führen, geschweige denn eine wirk-

liche Transition einzuleiten. Den handelnden Akteuren gelang jedoch ein Coup, indem sie den 84-jährigen Beji Caid Essebsi dafür gewannen, einer dritten Übergangsregierung vorzustehen. Allein schon aufgrund des Alters selbst, ohne weiterführende politische Ambitionen verfügend, ließ sich Essebsi in die Pflicht nehmen und übernahm Anfang März die Regierungsgeschäfte.

Innerhalb weniger Tage präsentierte er eine neue, weitgehend aus Technokraten zusammengesetzte Regierung, während Staatspräsident Mebaaza im Rahmen einer Fernsehansprache die Wahl zu einer verfassungsgebenden Versammlung am 24. Juli ankündigte. Deren Aufgabe sollte es sein, eine neue Verfassung zu erarbeiten, über die im Rahmen eines Referendums abgestimmt werden sollte. Zugleich habe die Versammlung auch die nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vorzubereiten. Mit diesen Entscheidungen war der politische Reformprozess zumindest wieder in konkrete Bahnen gelenkt. Nicht ganz unwesentlich haben drei bereits im Januar geschaffene unabhängige Kommissionen zur Gestaltung der ersten Schritte im politischen Übergang beigetragen. Neben den Kommissionen zur Untersuchung der Korruption und der Veruntreuung von Staatsgeldern sowie zur Ermittlung von Untaten und Verletzungen während der Revolution war dies vor allem die „Kommission zur Umsetzung der Ziele der Revolution, der politischen Reformen und des demokratischen Übergangs“ unter der Leitung des Juristen Professor Yadh Ben Achour.

## Der Weg zu freien Wahlen

Dieser Kommission oblag es auch, das Wahlgesetz zur verfassungsgebenden Versammlung zu erarbeiten und so weit wie möglich einen breiten gesellschaftlichen Konsens unter den 140 Mitgliedern des ihr beigestellten Rates herbeizuführen.

Die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen waren nunmehr seit März 2011 mit die obersten Prioritäten der neuen Regierung. Dabei stellte sich jedoch ebenso schnell heraus, dass der ins Auge gefasste Zeitrahmen kaum zu halten sein werde. Neben der Registrierung der Wähler mussten die entsprechenden logistischen und infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen werden. Dies alles zusammengenommen, ließ den Zeitrahmen bald als kaum einhaltbar erscheinen. In der Diskussion um einen früheren oder späteren Wahltermin spielte auch politisches Kalkül eine nicht zu unterschätzende Rolle: Bereits existierende und relativ gut etablierte Parteien wie die *Parti Démocrate Progressiste* (PDP) unter Ahmed Néjib Chebbi bevorzugten den zunächst ins Auge gefassten früheren Termin, da er ihnen scheinbar gegenüber den sich neu gründenden Parteien einen Vorteil verschaffen würde.

In der Diskussion über den richtigen Termin kam es zwischenzeitlich auch zu einer Frontstellung zwischen der Übergangsregierung Essebsi und der neu eingerichteten unabhängigen Wahlkommission unter Leitung des Staatsrechtlers Kamel Jendoubi, der einen Termin im Oktober favorisierte. Essebsi wiederum zog in Betracht, welche psychologische Bedeutung es haben würde, die einmal angekündigten Wahlen zu verschieben. Und dies in zwei Richtungen: Innenpolitisch mit Blick auf diejenigen, die ohnehin stets kritisierten, dass die Transformation zu langsam angegangen werde. Außenpolitisch mit Blick auf die internationale Gebergemeinschaft, insbesondere die G8, die erst im Mai auf ihrem Gipfel in Deauville die sogenannte „Deauville Partnerschaft“ zur Unterstützung der Umbrüche in der arabischen Welt, insbesondere in Tunesien, mit umfassenden wirtschaftlichen Hilfsprogrammen beschlossen und deren Umsetzung mit der Durchführung der Wahlen verbunden hatten. Anfang

Juni fiel dann gleichwohl die Entscheidung, die ersten freien, geheimen und fairen Wahlen in der Geschichte des Landes auf den 23. Oktober zu verschieben.

### Feuerprobe bestanden

Die Durchführung der Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung am 23. Oktober 2011 wurde von nationalen wie internationalen Beobachtern bereits früh als beispielhaft und wegweisend bezeichnet – auch für die gesamte Region. Gut 7,6 Millionen Wahlberechtigte waren aufgerufen, 217 Vertreter für die verfassunggebende Versammlung zu wählen. Neben den 27 Wahlbezirken in Tunesien selbst waren sechs Auslandswahlkreise geschaffen worden. Die Rolle der erstmals eingerichteten unabhängigen Wahlkommission *Instance Supérieure Indépendante pour les Élections* (ISIE) wurde allenthalben betont, insbesondere da Wahlen in Tunesien bislang stets vom Innenministerium durchgeführt worden waren.

Bei der Beurteilung der formalen Durchführung ist daher zu berücksichtigen, dass die Kommission über keinerlei einschlägige Erfahrungen und Strukturen verfügte und sozusagen Neuland betrat. Auch die Ausbildung der Wahlhelfer für die über 8800 Wahlbüros in Tunesien sowie 450 Wahllokale im Ausland stellte eine besondere Herausforderung dar. Trotz des positiven Echos mit Blick auf die Durchführung der Wahlen waren auch Kritikpunkte zu benennen. Diese bezogen sich einmal auf die überaus starke Präsenz von Vertretern der islamistischen Ennahda-Partei in den Wahllokalen sowie Berichte, nach denen Vertreter derselben insbesondere Frauen zur Stimmabgabe für sie gedrängt hätten. Darüber hinaus wurde aus mehreren Städten gemeldet, dass Vertreter der Ennahda in den Wahllokalen auf getrennte Warteschlangen für Frauen und Männer insistiert hätten. Eine lokale Nichtregierungsorganisation, die mit zweitausend

Wahlbeobachtern landesweit vertreten war, berichtete von Unregelmäßigkeiten in einem Viertel der Wahllokale. Diese reichten von der mangelnden beziehungsweise nicht erfolgten Versiegelung der Wahlurnen über Störungen während des Wahlvorgangs bis zum Fehlen der für die Wahlen genutzten Spezialtinte (um Wähler an der mehrfachen Stimmabgabe zu hindern). Tunesierinnen und Tunesier mussten nicht nur viele Jahrzehnte auf die Möglichkeit warten, frei zu wählen; lange Schlangen und Wartezeiten bis zu sechs Stunden an den Wahllokalen waren keine Ausnahme, wurden von den Wählern aber ob der Einmaligkeit dieses Vorgangs hingenommen.

Mit Spannung wurde denn auch das Ergebnis der Wahlen erwartet, das in mancherlei Hinsicht Überraschungen mit sich brachte. Das sehr starke Abschneiden der islamistischen Partei, die sich unter ihrem nach zwanzigjährigem Exil zurückgekehrten Mitbegründer Rachid a-Ghannouchi äußerst moderat gab, und das schwache Abschneiden der PDP unter Chebbi waren die eigentlichen Überraschungen: Während Ennahda mit knapp 42 Prozent (89 Sitze) die Prognosen bei Weitem übertraf, enttäuschte die PDP mit nur knapp Prozent (17 Sitze) und wurde nur fünftstärkste politische Kraft in der verfassunggebenden Versammlung. Dazwischen lagen CPR (*Congrès pour la République*) unter dem Menschenrechtsaktivisten Moncef Marzouki mit knapp vierzehn Prozent (30 Sitzen), Ettakatol unter Mustapha Ben Jaafar mit gut neun Prozent (21 Sitze). Die bis dahin weitgehend unbekannt Al-Aridhad-Partei des im Londoner Exil lebenden Milliardärs und Medienunternehmers Hechimi Hamidi kam mit gut neun Prozent auf die vierte Position. Obwohl sich die offizielle Bekanntgabe des Wahlergebnisses um einige Tage verzögerte, schienen die Machtverhältnisse in der sich kons-

tituierenden Verfassunggebenden Versammlung recht eindeutig.

## Internationale Perspektive

Auch in Europa und den USA wurden die Wahlen intensiv beobachtet und verfolgt. In der Bewertung des Ergebnisses waren sich demnach alle Regierungen einig: Wie auch immer eine Regierungskoalition unter Führung der Ennahda sich präsentiert, keine ausländische Regierung würde dieser seine Anerkennung verweigern. Der politische Diskurs mit Blick auf islamistische Akteure in der Region hat sich dabei in Europa wie in den USA geändert, wobei auch eine inhaltlich-semantiche Verschiebung mit einer Rolle spielen mag. Spätestens seit dem 11. September haftete dem Begriff des „Islamisten“ eine mehr oder weniger direkte terroristische Konnotation an, ob gewollt oder ungewollt, es wurde mitgedacht und oftmals mit aus- und angesprochen. Diesbezüglich hat jedoch eine Akzentverlagerung stattgefunden, die auch darauf zurückzuführen ist, dass Bewegungen und Gruppen wie die Ennahda, aber auch die Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei in Marokko die Idee eines politischen Islam vertreten, der Gewalt ablehnt und sich willens erklärt, den Grundsätzen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu folgen.

Dies erleichtert es westlichen Regierungen, auch mit solchen politischen Parteien den Dialog zu pflegen und zu verhandeln. Letztlich, und dies dürfte aus europäischer Sicht eine ebenso legitime Überlegung gewesen sein, wäre aber auch nur die ansatzweise Relativierung oder Infragestellung des Wahlergebnisses ein Schlag ins Gesicht derjenigen gewesen, die sich für Demokratie und Freiheit eingesetzt haben. Man mag das Ergebnis mögen oder nicht, und selbst in Tunesien gibt es viele, die erst lange nach der Wahl den Ausgang realisiert haben, aber eine Infragestellung wäre fatal gewesen und hätte die Ernsthaftigkeit Euro-

pas, die demokratische Transition unterstützen zu wollen, selbst untergraben. Ein Resultat der Umbrüche in der Region ist, dass wir es in vielen Ländern auf absehbare Zeit mit islamistischen Akteuren auch in Regierungsverantwortung zu tun haben werden.

### Islampartei im Fokus

Allerdings sollte bei der Beurteilung der Stärke und Verankerung der Ennahda in der tunesischen Gesellschaft differenziert werden, denn deren Stärke korrespondiert mit der Schwäche des politischen Mitbewerbers. Die Implusion der Staatspartei RCD hatte, abgesehen von der Ennahda und einigen Alt-Parteien, ein parteipolitisches Vakuum hinterlassen, das zudem auch angesichts der weitergehenden Präsenz alter RCD-Kader im politischen Leben von Misstrauen und Missgunst geprägt war. Die inflationären Parteigründungen konfrontierten die Wähler zudem mit einem kaum überschaubaren politischen Angebot, dessen Inhalte – sofern vorhanden – sich auch nicht stets allen erschlossen haben. Die Zahlen rund um die Wahlen sprechen hier eine deutliche Sprache: Von den gut 7,6 Millionen Wahlberechtigten haben nur rund 3,7 Millionen von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht und sind zur Wahl gegangen. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von neunundvierzig Prozent, die damit unter der liegt, wie sie die nationale Wahlkommission angibt. Dies relativiert nicht den Sieg der Ennahda, aber er stellt ihn in einen anderen Kontext. Denn der bei den Wahlen von ihr erreichte Anteil von knapp zweiundvierzig Prozent in der verfassunggebenden Versammlung spiegelt dann gerade einmal rund siebenunddreißig Prozent der abgegebenen Stimmen wider. Stellte man diesen Wert noch einmal in Relation zur Gesamtzahl der Wahlberechtigten, wäre für die Ennahda ein Ergebnis von mindestens zwanzig Prozent herausgekommen.

Klar ist aber bereits jetzt, dass es der Ennahda äußerst schwerfallen wird, ihr Wahlergebnis zu wiederholen. Dies hat zum einen damit zu tun, dass die zur Lösung anstehenden Probleme im wirtschaftlichen und sozialen Bereich alsbald auch zu einer Entzauberung der Partei führen werden. Zum anderen wird Ennahda auf Dauer ihren Nimbus, die einzige nicht korrumpierte politische Kraft zu sein, nicht mehr in dieser Form in Wert setzen können. Dieses Faktum war bei den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung gerade aufgrund der Orientierungslosigkeit vieler Wähler ein mitentscheidender Aspekt. Manche votierten für die Islamisten, weil sie den totalen Bruch mit dem alten System garantiert sehen wollten. Hinzu kommt auch hier der Faktor Zeit. Bereits vor den Wahlen hatte die Kommission für die politischen Reformen unter Ben Achour das zeitliche Mandat der Verfassunggebenden Versammlung auf ein Jahr begrenzt, das nach aktuellem Stand vermutlich aber auf achtzehn Monate verlängert wird. In jedem Falle bleibt es ein enger Zeitplan, innerhalb dessen so grundlegende Fragen wie die nach dem Charakter des Staates und der Regierungsform (parlamentarisch – semi-präsidentiell), Verhältnis von Religion und Staat, die Gleichstellung der Frau, Gewaltenteilung und so weiter geklärt werden müssen.

Gerade mit Blick auf die Gleichstellung der Frau werden die Tunesierinnen und Tunesier intensiv beobachten, wie sich die Ennahda positioniert und ob sie ihren Bekenntnissen von vor den Wahlen treu bleibt und entsprechend handelt. Der verfassunggebende Prozess und das, was dem Volk am Ende als Ergebnis präsentiert wird, entscheiden mit darüber, über welche Erfolgsaussichten die Ennahda mittel- bis langfristig verfügt. Eine mögliche Antwort der Tunesier darauf könnte man dann vielleicht wieder damit beschreiben: „Sie haben sich getraut zu sagen: Tritt ab!“